

Völkische



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Verlag Ullstein'sche Verlagsanstalt, Georg-Bernhard-Veranstalt
Redaktion (in Auenstr. 11) Carl-Misch-Verlag
Manuskripte werden nur zurückgenommen wenn Berlin überliefert

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Adressdruck-Zentrale Ullstein'sche Verlagsanstalt
Friedrich-Str. 10, Berlin SW 68
Fernsprechkabine Amt für Post- und Fernsprechanlagen
Adress: Ullsteinhaus, Berlin Postfachnummer Berlin 660

Hüter der Demokratie.

Die Demokratie hat in den letzten Jahren in Deutschland offenbar überraschende Eroberungen gemacht. Das ergibt ein Bild in die Presse der Reichstagskammern, zu denen nach ihren Beständen die Völkische Volkspartei zu zählen ist. Die Förderung eines Reichstagsrats wird immer wieder damit begründet, daß nur eine Regierung, der die Deutschnationalen ihren Segen geben, den Anforderungen der Demokratie entsprechen. Die gefühmvollen Gegner der demokratischen Republik sind sich als Demokraten von reinem Wasser, solange sie nicht an der Macht sind.

Nun gibt es ein ausgezeichnetes Mittel, um in der Demokratie seinen Anhang auf die Macht durchzuführen. Man braucht nur die Mehrheit der Stimmen anzubringen. Nicht einfacher, als das. Aber gerade daran fehlt es bei den Reichstags-, Demokraten. Deutschnationalen und Völkische Volkspartei haben zusammen 160 Abgeordnete im Reichstag. Das ist nicht viel mehr als ein Drittel der Mandate. Und diese Rechnung wird dadurch nicht anders, daß man immer wieder den Parteien der Mitte die Hilfe auf die Waage stellt mit der freundlichen Einladung, die fehlenden Stimmen beizusteuern.

Wenn die Regierung März, die sich gebildet werden soll, nicht von vornherein über die absolute Mehrheit verfügt, so kann sie doch unter allen Umständen auf eine Stimmenzahl rechnen, die größer ist, als die je eine andere Kombination. Und diesem verfügt sie noch über das gemalene Plus, daß sie die Fortführung der bisherigen bewährten Politik nach innen und außen garantiert. Während eine Regierung, die von der Gnade des Großen Weisars abhängig wäre, in jeder Beziehung einen Sprung ins Dunkle bedeutet.

Entscheidung über das Prohibitivum.

Trendelenburgs Bericht.

Der Führer der Delegation für die deutsch-französischen Vertragsverhandlungen, Staatssekretär Trendelenburg, ist gestern abend in Begleitung mehrerer Gadowverkömmlinge in Berlin eingetroffen. Heute vormittag um 11 Uhr trat das Kabinett zusammen, um den Bericht Trendelenburgs über die deutsch-französischen Verhandlungen entgegenzunehmen und sich darüber schlüssig zu werden, ob das von der französischen Regierung vorgelegene Prohibitivum angenommen werden kann, oder ob man es für die Zeit nach dem 10. Januar auf einen vertragslosen Zustand in handelspolitischer Beziehung ankommen lassen soll.

Die sozialdemokratische Fraktion hat eine Interpellation eingebracht, die Auskunft über den Stand der Handelsvertragsverhandlungen und die Maßnahmen der Schweißindustrie zum Abgleich internationaler Abmachungen verlangt.

In Zusammenkünften mit Redaktionen zwischen deutschen und französischen Generalkonsuln über die Frage einer internationalen Eisenpreisvereinbarung teilt das sozialdemokratische „Volksblatt“ in Bismarck mit, daß am Freitag in Köln deutsche und belgische Generalkonsulvertreter zusammenstiegen, um in den Komplikationen im deutsch-belgischen Wirtschaftsvertrag Stellung zu nehmen. An die Bezeichnung wird sich eine Zusammenkunft der Generalkonsuln in Brüssel an den Verhandlungen mit der Reichsregierung beteiligten Länder anschließen.

Mandatsniederlegung.

In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß Reichspostminister Bille und Abg. Dr. Vange-Gegemann an ihre Reichspostmandate niederzulegen haben.

Keine Schuldenregelung vor März.

Nachrichtendienst der „Völkischen Zeitung“.

London, 8. Januar.

Der „Daily Telegraph“ veröffentlicht eine Erklärung von einer gut unterrichteten amerikanischen Seite, wonach die Vereinigten Staaten zu weit nicht in der Lage sind, an einer internationalen Schuldenregelung teilzunehmen, da die amerikanische Regierung die parlamentarische Schuldenbremse nicht aufheben kann. In der Lage sind, auf Grund der Beschränkungen, die sie von dem abgelaufenen Parlament erhalten haben, Verhandlungen zu führen. Erst das im März zusammenzutretende neue Parlament, das von wörtlich gesagt wurde, vermag diese bindenden Institutionen, die ein Abkommen vorläufig unmöglich machen, im Sinne eines Kompromisses abzugeben.

Regierung März.

Vor dem Ende der Krise.

Das heute morgen in der „Völkischen Zeitung“ als hohe Wahrscheinlichkeit angekündigt wurde, ist inzwischen Tatsache geworden: Reichskanzler Marx hat den Auftrag zur Bildung eines überparteilichen Kabinetts nicht zurückgelehnt, sondern sich — nach der gefestigten Aussprache mit dem Reichspräsidenten — eingestellt, ohne Mitwirkung der Deutschen Volkspartei ein Reichsministerium des Innern unter dem dritten Marx — dem demokratischen Führer Dr. Koch anvertraut werden. Finanzminister Dr. Luchter hofft man, dem Kabinett ebenfalls zu führen. Die freiwirtschaftlichen Finanzminister, zu denen man außer Justiz, Verkehr und Wirtschaft auch das Reichsernährungsministerium wird rechnen müssen (da Graf Raugis kaum wird wieder werden), sollen vorerst mit Staatssekretären besetzt werden.

Der Reichskanzler hofft, das ihm möglich sein werde, schon heute abend dem Reichspräsidenten die Petition der neuen Regierung zur Genehmigung vorzulegen, mit der neuen Regierung morgen vor den Reichstag zu treten und die Regierungserklärung abzugeben. Daß es sich um eine Vollziehung handelt, wird nicht zu bestreiten sein. Es ist durch die Deutsche Volkspartei angeregt worden, die im August v. J. die überflüssigen aller Stellen beaufschlagt worden und durch den geteilten Beschluß auf eine überparteiliche Regierung mit ihrer Mitwirkung entschieden gemacht hat. Das dritte Kabinett Marx, das wahrscheinlich den höchsten Kurs der Mitte nehmen will, wird auf die wohlwollende Unterstützung der Sozialdemokratie angewiesen sein, die in der Regierung nicht vertreten ist, weil das Zentrum ebenso wie den Reichstag auch mit der Unterstützung der Sozialdemokratie keine ausreichende Mehrheit im Reichstag haben. Das Zielgen an der Frage werden bei wichtigen Bestimmungen die Heinen Gruppen der Völkischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei bilden. Das wird natürlich ein schwieriges Navigieren werden, besonders, da vorauszusetzen ist, daß die Opposition der Rechten, vor allem der Deutschnationalen, hemmungslos und befehlenlos sich ausbreiten wird. Sie ist ja nicht nur ein Gegner der Regierung, sondern ein Gegner der Reichsregierung, die sich ebenso wie ein Gegner der Reichsregierung für Kinder ist — die Seiten der Reichsregierung wird werden —, so zeigt doch die Drohung, mit welchen Mitteln der Rohheit und der Einschüchterung auf der Rechten „nationale“ Politik getrieben wird.

Während im Reich die Regierungsmasse ihrem Ende entgegengeht, ist in Preußen die neue Krise erwidert worden. Dort der konsequenten Haltung des Zentrums, das in der Reichsregierung geblieben ist und dadurch dem Kabinett Braun das Reichsamt im Amt möglich gemacht hat. Die Enttäuschung der Deutschen Volkspartei, die sich ebenso wie im Reich auch in Preußen einem unbegründeten Vertrauen über die Enttarnung im Zentrum hingehalten hat, macht sich in der Aufwindung scharfer Opposition Luft. Wie die Deutsche Volkspartei die Politik einer Regierung bestimmen will, die sie doch selbst mehr als drei Jahre lang mitbestimmt hat und die fester in ihren Zielen nicht die geringste Veränderung erfahren hat, ist ihr Geheimnis. Sehr überzeugend und fasslich wird diese Opposition nicht sein können.

Die Präsidentenwahl.

Im Landtage haben die meisten Fraktionen beschlossen, eigene Kandidaten für die Präsidentenwahl aufzustellen. Kandidat der Sozialdemokraten ist Barthelemy, der des Zentrums Dr. Borck, die Deutschnationalen haben Dr. v. Arles, die Deutsche Volkspartei den Abgeordneten Selb und die Kommunisten den Abgeordneten Bief aufgestellt. Die Demokraten werden für die Sozialdemokratischen Kandidaten Barthelemy Selb und als ersten Vizepräsidenten, wie bisher, Dr. Borck wählen.

Die deutsche Antwort.

Die Note über die Nichträumung der Kölner Zone, die von den alliierten Missionen in Berlin am 8. Januar der deutschen Regierung überreicht wurde, enthält nach bestimmten Behauptungen eine deutliche Antwort gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrags, blieb aber den Zweweils dieser Behauptungen schuldig.

Das hat man in der ganzen Welt gefühlt. Sogar die „Times“ verlangen heute morgen die sofortige ausschließliche Beruflichkeit des Berichtes der Kontrollkommission, den die alliierten Regierungen zu ihrer Rechtfertigung anziehen. Sogar diese gewiß nicht deutschfeindliche englische Zeitung führt, daß sich in den Jahren seit Versailles in allen Ländern eine Stimmung gegen die Alliierten gegen die Bestimmungen gegenüber Deutschland angestimmt hat, und daß die Wölfer an den deutschen „schwarzen Mann“, der an allem Unfrieden in dieser Welt so schuldig ist, Schuld ist, nicht wenig recht glauben würden.

Am Schlußwort des Artikels 429 des Friedensabkommens, der von der Beziehung zwischen Gebietes und seiner Räumung handelt, heißt es, daß die vertraglichen Räumungsstellen nur dann aufgehoben werden können, wenn die alliierten Regierungen „die Evidenz entgegen ein nicht herausgefordert werden.“ „Wenn einen nicht herausgeforderten Angriff Deutschlands“ „Welche Kronen! Deutschland ist in den letzten fünf Jahren mehr als einmal zu herausgefordert worden, daß jede der alliierten und assoziierten Regierungen“ auch nur die Hälfte dieser Herausforderungen als Rechtfertigung zu einem Angriff in Beziehung ihrer Interessen und ihrer Souveränität angehen will. Der beste Beweis dafür, daß die ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands ihre eigene Sicherheit gegenüber Deutschland auf lange Zeit sich gesichert halten, ist diese Politik der Rechtsbrüche, zu der sie am 10. Januar einen neuen hinzufügen.

Amerika für Räumung.

Nachrichtendienst der „Völkischen Zeitung“.

San New York, 8. Januar.

Die „New York Times“ schreiben zum Kölner Roten wessel, der Schuldübertritt der internationalen Kontrollkommission sollte die öffentliche Meinung schnell über den wirklichen Stand

der Entlohnung aufklären. Das würde die Einleitung von Verhandlungen zum Zwecke eines Kompromisses erleichtern. Glücklichweise sei die deutsche Regierung voranrätiger, als die deutschen Nationalisten und die Extremen im Inn und Ausland, die auf ein vollständiges Abgeben des Ewigen-Planes drängen. Solche Gedanken müßte Schlussfolgerungen haben. Im Interesse aller Beteiligten sollten die Kölner und Ruhrstrassen so schnell als möglich zurückergeben werden, wenn der Schlussbericht nicht geriet, daß Deutschland erste Berechtigungen für einen neuen Krieg trifft.

Stimmungsmache der „Times“.

Nachrichtendienst der „Völkischen Zeitung“.

London, 8. Januar.

Von den Londoner Morgenblättern beschäftigen sich nur der „Daily Telegraph“ und die „Times“ mit der deutschen Antwort. Ersteres Blatt begnügt sich mit der Feststellung, daß die deutsche Note offenbar das Bestimmt sei, Zeit zu gewinnen, die „Times“ dagegen bringen einen langen Artikel, in welchem sie sich teils hinter die Behauptung der alliierten Note stellen, daß Deutschland die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages nicht erfüllt habe, und im Anschluß daran gegen Deutschland polemisieren und in Reinsprüche erheben, teils wiederum von den alliierten Regierungen sichtlich Bezeugnisse für deren Behauptungen verlangen.

Der widersprechendste Artikel, der von der Behauptung ausgeht, Deutschland erhalte den Kern und Rahmen eines großen Bereichs anrecht, der dem westlichen Weltteil, daß Deutschland auf lange Zeit hinaus unfähig sein werde, die europäischen Geschäfte mitanzuführen, und der dann auch noch auf das alte Mittel zurückgreift, einen Teil des deutschen Volkes gegen den anderen anzuspielen, bringt zum Schluß den Gedanken mit anerkennender Weiter Ehrlichkeit zum Ausdruck, daß die ungelöste Eiderange-Frage die tiefere Ursache des neuen Entlohnungsproblems bilde.

Es ist ein trügerisches Argument, das sich die „Times“ leisten, die Übergänger der Lösung des alliierten Eiderange- und Abwicklungsproblems dem westlichen Deutschland in die Schuhe zu schieben, während in Wirklichkeit politische Spannungen innerhalb und außerhalb Europas, an denen Deutschland ganz unschuldig ist, die eigentlichen Ursachen dieser Verzögerungen bilden.